

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 3. März 2003

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Republik Türkei

über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung

von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des

Terrorismus und der Organisierten Kriminalität

A. Problem und Ziel

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung der Republik Türkei ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität, unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu steigern und dadurch die Innere Sicherheit in den Vertragsstaaten zu erhöhen.

B. Lösung

Durch den Gesetzentwurf sollen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 12. 03. 04

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein zusätzlicher Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Den Wirtschaftsbeteiligten entstehen keine zusätzlichen Kosten.

30. 01. 04

In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 3. März 2003
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Türkei
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des
Terrorismus und der Organisierten Kriminalität

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 30. Januar 2004

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dieter Althaus

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. März 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 3. März 2003
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Türkei
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
von Straftaten mit erheblicher Bedeutung,
insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität**

Vom

2003

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ankara am 3. März 2003 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität, wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Türkei
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
von Straftaten mit erheblicher Bedeutung,
insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität

**Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti ile
Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Arasında
Başta Terörizm ve Örgütlü Suçlar Olmak Üzere
Büyük Öneme Haiz Suçlarla Mücadelede İşbirliği Anlaşması**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Türkei –

Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti
ile
Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei weiter zu festigen und zu entwickeln, Wohlstand und Stabilität in Frieden in beiden Staaten zu fördern und die beiderseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens zu verstärken,

besorgt über das Anwachsen der Kriminalität, insbesondere des internationalen Terrorismus und der internationalen Organisierten Kriminalität,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor terroristischen und sonstigen kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität und in dem Wunsch, die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der internationalen Übereinkünfte, die die beiden Vertragsparteien ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere der Resolution Nr. 1373 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 28. September 2001,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit und Wichtigkeit des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977, insbesondere der Artikel 1 und 2,

unter Beachtung der Grundprinzipien des Völkerrechts und des Schutzes der Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, insbesondere bei terroristischen Straftaten und solchen, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

Almanya Federal Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasındaki dostluk ilişkilerini daha da güçlendirmek ve geliştirmek, her iki Devlette barış içinde refahı ve istikrarı özendirme amacıyla ve her iki Tarafın egemenlik ve eşitliği ile çıkarlarına karşılıklı saygı ilkesi çerçevesinde ikili işbirliğini güçlendirmek arzusuyla,

Özellikle uluslararası terör suçları ve uluslararası örgütlü suçlarda ortaya çıkan artıştan duydukları endişeyle,

Vatandaşlarını ve ülkelerindeki diğer kişileri terör eylemlerinden ve çeşitli diğer suç eylemlerinden etkin biçimde koruma çabası doğrultusunda,

Terörizm ve örgütlü suçlarla mücadelede uluslararası işbirliğinin taşıdığı büyük önemi teyidle, bu alandaki işbirliğini pekiştirmek isteğiyle,

Her iki Tarafın onaylamış bulunduğu uluslararası anlaşmaların amaç ve ilkeleriyle Birleşmiş Milletler ve uzmanlık kuruluşlarının suçla mücadele alanında almış oldukları kararları ve özellikle Birleşmiş Milletler Güvenlik Konseyinin 28 Eylül 2001 tarihli ve 1373 sayılı Kararını gözönünde bulundurarak,

27 Ocak 1977 tarihli Tedhişçiliğin Önlenmesine dair Avrupa Sözleşmesi'nin özellikle 1 ve 2 maddelerinin önem ve gerekliliğini vurgulayarak,

Birleşmiş Milletler Şartında tanımlanmış Milletler Hukuku ve insan haklarını korumanın temel ilkelerini gözönünde bulundurarak –

aşağıdaki hususlarda anlaşmışlardır:

Madde 1

(1) Taraflar, örgütlü suç yapılanmalarınca işlenenler dahil, başta terör suçları olmak üzere büyük öneme sahip suçlarla mücadelede, ulusal mevzuatları çerçevesinde işbirliği yapacaklardır.

(2) Taraflar, örgütlü suç yapılanmalarının suçun tasarlanmasındaki veya işlenmesindeki rolünü tesbit edebildikleri takdirde, suçun ağırlığından bağımsız olarak, özellikle aşağıdaki suçlarla mücadelede ulusal mevzuatları çerçevesinde işbirliği yapacaklardır:

- illegaler Herstellung und illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen, im Weiteren Rauschgift genannt, sowie von Vorläufersubstanzen hierzu,
- Terrorismus,
- Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Zuhälterei,
- Erpressung,
- unerlaubtem Verkehr mit Waffen, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven Materialien,
- Eigentumskriminalität,
- illegalem Handel mit Kunstwerken und Antiquitäten,
- Computerkriminalität,
- Urheberrechtsverletzungen,
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
- Geldwäsche,
- Fälschung und Verfälschung von Dokumenten und öffentlichen Urkunden.

(3) Im Sinne dieses Abkommens bezeichnet der Ausdruck „terroristische Handlungen“ eine der nachstehend aufgeführten vorsätzlichen Handlungen, die durch ihre Art oder ihren Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen kann und im innerstaatlichen Recht als Straftat definiert ist, wenn sie mit dem Ziel begangen wird:

1. die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern oder
2. eine Regierung oder eine internationale Organisation unberechtigterweise zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder
3. die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören:
 - a) Anschläge auf das Leben einer Person, die zum Tode führen können,
 - b) Anschläge auf die körperliche Unversehrtheit einer Person,
 - c) Entführung oder Geiselnahme,
 - d) weitreichende Zerstörung an einer Regierungseinrichtung oder einer öffentlichen Einrichtung, einem Verkehrssystem, einer Infrastruktur, einschließlich eines Informatiksystems, einer festen Plattform, die sich auf dem Festlandsockel befindet, einem allgemein zugänglichen Ort oder einem Privateigentum, die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen kann,
 - e) Kapern von Luft- und Wasserfahrzeugen oder von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder Güterverkehrsmitteln,
 - f) Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung oder Bereitstellung oder Verwendung von Schusswaffen, Sprengstoffen, Kernwaffen, biologischen und chemischen Waffen sowie die Forschung und Entwicklung in Bezug auf biologische und chemische Waffen,
 - g) Freisetzung gefährlicher Stoffe oder Herbeiführen eines Brandes, einer Explosion oder einer Überschwemmung, wenn dadurch das Leben von Menschen in Gefahr gebracht wird,
 - h) Manipulation oder Störung der Versorgung mit Wasser, Strom oder anderen lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, wenn dadurch das Leben von Menschen in Gefahr gebracht wird,

- uyuşturucu ve psikotrop maddeler ve bunların imalinde kullanılan katkı maddelerinin yasadışı üretimi ve ticareti,
- terör suçları,
- yasadışı göç, insan ticareti ve muhabbet tellallığı,
- şantaj suçları,
- yasadışı silah, patlayıcı madde, nükleer ve radyoaktif madde ticareti,
- mala karşı cürümler,
- sanat eserleri ve tarihi eser kaçakçılığı,
- bilişim suçları,
- fikri mülkiyet suçları,
- sahte para basımı ve dağıtımı, nakit dışı ödeme araçları veya değerli evrak sahteciliği ve sahte nakit dışı ödeme araçlarının ve değerli evrakların kullanılması
- kara para aklama,
- belge ve resmi evrakta tahrifat veya sahtecilik.

(3) Bu Anlaşma'nın amacına uygun olarak "terörist eylemler", türü veya etkisi gereği bir ülkeye ya da uluslararası kuruluşa ciddi zarar verebilen ve bu amaç doğrultusunda işlenmeleri halinde ulusal mevzuatta suç olarak nitelenen, aşağıda belirtilen kasıtlı eylemleri tanımlar:

1. bir toplumu ciddi olarak sindirmek veya
2. bir hükümeti veya bir uluslararası kuruluşu herhangi bir faaliyeti yerine getirmeye veya getirmemeye yetkisizce zorlamak veya
3. bir ülkenin veya uluslararası bir kuruluşun siyasal, anayasal, ekonomik veya sosyal yapılarında ciddi istikrarsızlığı neden olmak veya yoketmek:
 - a) ölüme neden olabilecek şekilde bir kişinin yaşamına saldırı,
 - b) bir kişinin fiziki bütünlüğüne yönelik saldırı,
 - c) adam kaçırmak veya rehin almak,
 - d) hükümete veya kamuya ait bir tesise, ulaşım sistemine, bilişim sistemleri dahil altyapıya, kıtasahallığında bulunan sabit platforma, kamuya ait yer veya özel mülkiyete, insan hayatını tehlikeye sokabilecek veya büyük maddi kayıplara yol açabilecek zararlar vermek,
 - e) hava ve deniz korsanlığı veya kamuya ait diğer taşıma araçlarına veya yük araçlarına yönelik korsanlık,
 - f) ateşli silah, patlayıcı, nükleer, biyolojik veya kimyasal silah üretimi, bulundurulması, elde edilmesi, taşınması, tedarik edilmesi veya kullanımı ile biyolojik ve kimyasal silahlar konusunda araştırma ve geliştirme çalışmaları,
 - g) insan yaşamını tehlikeye atabilecek şekilde, tehlikeli maddeleri serbest bırakmak, yangına, patlamaya veya sele yol açmak,
 - h) su, elektrik veya hayati öneme sahip diğer doğal kaynakların tedarikine insan hayatını tehlikeye atabilecek ölçüde müdahale etmek veya engellemek,

- i) Drohung mit Begehung einer der unter den Buchstaben a) bis h) genannten Straftaten,
- j) Anführen einer terroristischen Vereinigung,
- k) Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Vereinigung einschließlich durch Bereitstellung von Informationen oder materiellen Mitteln oder durch jegliche Art der Finanzierung ihrer Aktivitäten in dem Wissen, dass diese Beteiligung zu den kriminellen Aktivitäten der Gruppe beiträgt.

Im Sinne dieses Absatzes bezeichnet der Ausdruck „terroristische Vereinigung“ einen auf längere Dauer angelegten organisierten Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, die in Verabredung handeln, um terroristische Handlungen zu begehen. Der Ausdruck „organisierter Zusammenschluss“ bezeichnet einen Zusammenschluss, der nicht zufällig zur unmittelbaren Begehung einer terroristischen Handlung gebildet wird und der nicht notwendigerweise förmlich festgelegte Rollen für seine Mitglieder, eine kontinuierliche Mitgliedschaft oder eine ausgeprägte Struktur hat.

(4) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der sonstigen Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und Rechtshilfe in Fiskalsachen.

Artikel 2

Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen ihren folgenden zuständigen Behörden:

auf deutscher Seite:

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Grenzschutzdirektion,
- Zollkriminalamt;

auf türkischer Seite:

- Innenministerium,
- Gesundheitsministerium,
- Staatssekretariat für Zoll des Ministerpräsidentiums.

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien

- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist,
- auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten durchführen, wobei sie im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können,
- gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Herstellung und des illegalen Verkehrs von Rauschgift und Vorläufersubstanzen hierzu durchführen,
- Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Rauschgift und von Vorläufersubstanzen hierzu austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen,
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und der bestehenden internationalen Verpflichtungen kontrollierte Lieferungen

- i) a) – h) şıklarında yer alan eylemleri gerçekleştirmekle tehdit etmek,
- j) bir terör örgütünü yönetmek,
- k) bilgi ve malzeme temini veya faaliyetlerini herhangi bir yolla finanse etmek dahil, bir terör örgütünün faaliyetlerine, topluluğun suç eylemlerine katkıda bulunduğu bilinciyle katılmak.

Bu paragrafın amacına uygun olarak “terör örgütü” deyimi, terör eylemi gerçekleştirmek üzere anlaşmalı olarak hareket eden, ikiden fazla kişinin oluşturduğu uzun süreye dayalı örgütlü birlikteliği tanımlamaktadır. “Örgütlü birliktelik”, doğrudan terör eyleminde bulunmak üzere kasten oluşturulan ve üyeleri için tanımlanan resmi rollere, sürekli üyeliğe veya belirli bir yapıya gerek duymayan birlikteliktir.

(4) Bu Anlaşma, iadeye ilişkin hususları ve ceza davalarındaki diğer adli yardımlaşma konularını ve mali davalarda adli yardımlaşma ile destek konularını kapsamaz.

Madde 2

Bu Anlaşma çerçevesindeki işbirliğini, Taraflar, aşağıda belirtilen ilgili makamları arasında doğrudan gerçekleştirirler:

Alman tarafında:

- Federal İçişleri Bakanlığı,
- Federal Sağlık Bakanlığı,
- Federal Kriminal Dairesi,
- Sınır Koruma Dairesi,
- Gümrük Kriminal Dairesi;

Türk tarafında:

- İçişleri Bakanlığı,
- Sağlık Bakanlığı,
- Başbakanlık Gümrük Müsteşarlığı.

Madde 3

Taraflar, işbirliğini gerçekleştirmek üzere

- mevzuatları çerçevesinde, işlenmiş bulunan veya tasarlanan suçlar ile suç örgütleri, bunların iç yapıları, bağlantıları ve faaliyet yöntemleri hakkında, önemli suçların önlenmesi, aydınlatılması ve soruşturulması için gerekli olduğu ölçüde bilgi değişiminde bulunacaklardır,
- Taraflardan birinin talebi üzerine, talepte bulunulan Taraf, suçların önlenmesi, aydınlatılması ve soruşturulması amacıyla, ulusal mevzuatı uyarınca yasal önlemler ile diğer Tarafa görüş birliğine varılan operasyona yönelik önlemleri alabilir, operasyona yönelik önlemlerin alınması sırasında Taraflar, ulusal mevzuatları çerçevesinde ve 1. maddenin 3. paragrafı saklı kalmak koşuluyla diğer Tarafın ilgili makamlarının temsilcilerinin de hazır bulunmalarına izin verebilirler,
- uyuşturucu maddelerin ve bunların imalinde kullanılan katkı maddelerinin yasadışı üretimi ve ticaretiyle mücadelede yönelik ortak tedbirler alacaklardır,
- uyuşturucu maddelerin ve bunların katkı maddelerinin yasal ticaretinin denetimine ilişkin deneyimlerini mübadele edecekler ve bu alandaki suistimali önlemeye yönelik önlemler alacaklardır,
- Taraflar ulusal mevzuatları ve mevcut uluslararası yükümlülükleri çerçevesinde; yasadışı uyuşturucu ve katkı maddesi

im Hinblick auf den unerlaubten Handel mit Rauschgift und Vorläufersubstanzen durchführen und einander durch enge Zusammenarbeit bei den damit verbundenen Finanzermittlungen unterstützen,

- bei Bedarf nach gegenseitiger Abstimmung Verbindungsbeamte entsenden,
- nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden,
- kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen,
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, schriftlich unterrichtet.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme

ticareti hususunda kontrollü teslimat yapacaklar ve sıkı işbirliği içinde bunlarla ilgili mali soruşturmalarda birbirlerine yardım edeceklerdir,

- ihtiyaç duyulduğunda ve karşılıklı uzlaşya varılması koşuluyla irtibat görevlisi atayacaklardır,
- eğitim ve deneyim paylaşımı amacıyla ve olanaklar dahilinde uzman mübadele edeceklerdir,
- kriminalistik-kriminolojik araştırma sonuçlarını teati edeceklerdir,
- Taraflar, ulusal mevzuatları çerçevesinde, bu Anlaşma'nın amaçlarına ve her iki Devlet bakımından bağlayıcı diğer uluslararası anlaşmalardan kaynaklanan yükümlülüklerine uygun düşecek diğer önlemleri alacaklardır.

Madde 4

(1) Taraflar, Anlaşma'nın yürütülmesi, yeni eklemelerde bulunulması veya tadili amacıyla, ihtiyaç duydukları takdirde istişarede bulunacaklardır.

(2) Tarafların ilgili makamları, çalışma grupları oluşturabilir, uzman toplantıları gerçekleştirebilir ve Anlaşma'nın uygulanmasına ilişkin mutabakatlar aktedebilirler.

Madde 5

(1) Taraflardan biri, bir talebin yerine getirilmesinin veya işbirliği gereği bir önlemin alınmasının, egemenliğinin ihlali veya güvenliğine zarar verebileceği veya ulusal mevzuatı, uluslararası yükümlülükleri veya diğer önemli çıkarlarıyla çatıştığı kanaatinde olması halinde, sözkonusu talebi veya önlem alınmasını bütünüyle veya kısmen reddedebilir ya da koşullara veya yükümlülüklerle bağlayabilir.

(2) Talep konusu eylem, talepte bulunulan Tarafın yürürlükteki ulusal mevzuatına göre suç teşkil etmiyorsa, talep edilen yardım da reddedilebilir.

(3) Talepte bulunan Taraf, talebin reddedilme gerekçeleri hakkında yazılı olarak bilgilendirilecektir.

Madde 6

Anlaşma kapsamında, kişilerle ilgili bilgilerin iletilmesi ve kullanımı, Tarafların ulusal mevzuatları çerçevesinde 2. maddede yer alan makamlarla, aşağıdaki koşullarda gerçekleştirilecektir:

1. Bilgileri alan Taraf, talebi üzerine ileten Tarafa, iletilen bilgilerin kullanımına ve bu bilgilerle sağlanan sonuçlara ilişkin bildirimde bulunacaktır.
2. Bilgileri alan Taraf, bu bilgileri, yalnız Anlaşma'da belirtilen amaçlar ve bilgileri ileten makamlarla öne sürülen koşullar bağlamında kullanabilir. Ayrıca, bu bilgiler, önemli suçların önlenmesi ve izlenmesi ile kamu güvenliğine yönelik büyük tehlikelerin önlenmesi amacıyla kullanılabilir.
3. Bilgileri iletecek makam, bilgilerin gönderilme amacına göre, bu bilgilerin doğruluğuna, gerekliliğine ve uygunluğuna riayet etmekle yükümlüdür. Ayrıca, ilgili Tarafın ulusal mevzuatındaki bilgi gönderme yasalarına uyulmalıdır. Bilgileri iletecek makam, bunların gönderilmesinin ulusal mevzuatın amaçlarını ihlal edeceği veya ilgili şahsın korunması gereken çıkarlarına zarar vereceği kanısındaysa

hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, türkischen oder englischen Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgebend ist.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, nachdem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

göndermekten kaçınabilir. Doğru olmayan veya gönderilmesine izin verilmemiş bilgilerin gönderildiği ortaya çıktığı takdirde, keyfiyet bilgileri alan Tarafa derhal bildirilmelidir. Böyle bir durumda, bilgileri alan Taraf, bahse konu bilgileri düzeltmekle veya yok etmekle yükümlüdür.

4. Başvuruda bulunması halinde, kişiye kendisi hakkında mevcut bilgiler ve bu bilgilerin ne suretle kullanılmasının öngörüldüğü hakkında bilgi verilmelidir. Kişilerin bu yolla bilgi edinme hakkı, başvuruda bulunulan Tarafın ulusal mevzuatına bağlıdır. Taraf Devletin bir bilgiyi vermemekteki çıkarı, bu bilgiyi talep eden kişinin çıkarına üstün geldiği takdirde, bilginin verilmesinden kaçınılabılır.
5. Bilgiyi ileten Taraf, gönderme sırasında, ulusal mevzuatında belirtilen bilginin saklanma süresine dikkat çekecektir. Bu sürenin sona ermesinden sonra, sözkonusu bilgiler yok edilmelidir. Bilgiler, bu sürele ilgili kalınmaksızın, iletilmiş olduğu amaç için gereksiz hale geldiğinde de yok edilmelidir.
6. Bilgileri ileten makam ile bilgileri alan makam, bilgilerin gönderildiğini ve alındığını dosya içinde belgeleyeceklerdir.
7. Bilgileri gönderen makam ile bilgileri alan makam, gönderilen bilgilerin, yetkisiz kişilerin eline geçmemesi, üzerlerinde yetkisiz kişiler tarafından değişiklik yapılmaması ve ifşa edilmemesi için bilgileri etkin şekilde korumakla yükümlüdürler.

Madde 7

Anlaşma çerçevesindeki bilgi talebi yazıları, bilgi ve belgeler, bunları gönderen makamın isteği üzerine, diğer Tarafça gizli bir şekilde incelenir. Gizliliğe ilişkin sözkonusu isteğin gerekçesi belirtilmelidir.

Madde 8

(1) Anlaşma çerçevesindeki işbirliği, Türkçe, Almanca veya İngilizce dillerinde gerçekleştirilecektir.

(2) Anlaşma uyarınca bilgi verilmesi veya önlem uygulanması için yapılacak başvurular, 2. maddede yer alan makamlarca, doğrudan yazılı olarak yapılır. Acil durumlarda başvuru, en kısa zamanda yazılı olarak teyit edilmek üzere şifahen de yapılabilir.

(3) Bir başvurunun yerine getirilmesine ilişkin giderler, başvuruda bulunan Tarafın temsilcilerinin seyahat gideri hariç, başvuruda bulunulan Tarafca karşılanır.

Madde 9

Bu Anlaşma, Tarafların diğer ikili ve çok taraflı anlaşmalardan doğan hak veya yükümlülüklerine halel getirmez.

Madde 10

(1) Bu Anlaşma, Tarafların, ulusal mevzuatlarına göre onay işlemlerinin tamamlandığını birbirlerine Nota ile bildirdikleri tarihten bir ay sonra yürürlüğe girer. Burada, son bildirim ulaştığı tarih esas alınacaktır.

(2) Bu Anlaşma süresiz geçerli olup, Taraflardan birinin Nota ile bildiriyle feshedilebilir. Anlaşmanın feshi, bildirim diğer Tarafa ulaştığı tarihten 6 ay sonra geçerli olur.

Artikel 11

Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Ankara am 3. März 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und türkischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Madde 11

Bu Anlaşma'nın Birleşmiş Milletler Şartının 102. maddesi uyarınca Birleşmiş Milletler Genel Sekreterliğinde kayıt ve tescil edilmesi işlemi, Anlaşma'nın yürürlüğe girmesinden sonra, derhal, Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümetince yaptırılacaktır. Diğer Taraf, Anlaşma'nın Birleşmiş Milletler'e kayıt ve tescil edilme numarası Birleşmiş Milletler Genel Sekreterliğince onaylandığında, verilen numara belirtilmek suretiyle haberdar edilecektir.

3 Mart 2003 tarihinde Ankara'da her ikisi de eşit düzeyde geçerli Almanca ve Türkçe ikişer suret imzalanmıştır.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti Adına

Rudolf Schmidt
Otto Schily

Für die Regierung der Republik Türkei
Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Adına

Abdülkadir Aksu

Denkschrift

Allgemeines

Die internationale Staatengemeinschaft hat der Organisierten Kriminalität und dem Terrorismus weltweit den Kampf angesagt. Die Änderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa seit Anfang der 90er Jahre ging mit einem Anstieg der grenzüberschreitenden Kriminalität einher. Auch die Bedrohung durch den Terrorismus ist allgegenwärtig. Die Planung und Durchführung terroristischer Akte erfolgen häufig staatsübergreifend. Der Abschluss bilateraler Abkommen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden zu verbessern, stellt ein wirksames Mittel zur gemeinsamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung dar.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 3. März 2003 ein entsprechendes Abkommen mit der Regierung der Republik Türkei unterzeichnet. Dieses Abkommen soll die erforderlichen Rechtsgrundlagen für eine intensivere Zusammenarbeit schaffen.

Das Abkommen lässt sich in verschiedene Bereiche unterteilen. Artikel 1 bezeichnet den Gegenstand der Zusammenarbeit unter Hervorhebung bestimmter Deliktsbereiche. Artikel 2 benennt die zuständigen Behörden. Die Artikel 3 und 4 regeln die einzelnen Formen der Zusammenarbeit. Die Artikel 5 bis 9 enthalten allgemeine Bestimmungen über die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und regeln insbesondere den Austausch personenbezogener Daten. Die Artikel 10 und 11 enthalten die üblichen Schlussbestimmungen. Die einzelnen vertraglichen Regelungen sind ganz überwiegend solchen aus bereits geschlossenen Verträgen mit anderen Staaten nachgebildet.

Im Einzelnen

Zu Artikel 1

In Artikel 1 wird zunächst in allgemeiner Form der Gegenstand der durch die Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit festgelegt. Das Abkommen soll den Vertragsparteien die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und von Straftaten mit erheblicher Bedeutung ermöglichen, insbesondere sofern sie unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden. Dabei wird klargestellt, dass die Zusammenarbeit nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts erfolgt. Hervorgehoben werden sodann bestimmte Deliktsbereiche als Schwerpunkte der Zusammenarbeit, gleichzeitig wird aber klargestellt, dass diese Aufzählung nicht abschließend ist („insbesondere“).

In Absatz 3 werden die Begriffe „terroristische Handlung“ und „terroristische Vereinigung“ näher definiert.

Absatz 4 stellt klar, dass Fragen der Rechtshilfe in Strafsachen und Fragen der Rechtshilfe in Fiskalsachen von den Regelungen des Abkommens nicht erfasst werden.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält eine Aufzählung der für die Durchführung des Abkommens zuständigen Stellen der Vertrags-

parteien. Die Vorgaben des § 3 des Bundeskriminalamtesgesetzes sind hierbei gewahrt.

Zu Artikel 3

Artikel 3 führt neben allgemeinen Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Informations- und Erfahrungsaustausch, abgestimmte operative Maßnahmen und Überwachung und Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität auch konkrete Zusammenarbeitsformen (Entsenden von Verbindungsbeamten, Austausch von Fachleuten sowie von Forschungsergebnissen) auf. Dabei wird durch die Formulierungen „bei Bedarf“ und „nach Möglichkeit“ klargestellt, dass diese Zusammenarbeitsformen nicht zwingend sind, sondern den Vertragsparteien die Möglichkeit offen stehen soll, die konkrete Entscheidung über diese Formen der Zusammenarbeit unter anderem von den jeweiligen Kapazitäten sowie einer kriminalistischen Bewertung abhängig zu machen.

Zu Artikel 4

Artikel 4 Abs. 1 sieht bei Bedarf Konsultationen zur Evaluierung der auf der Grundlage des Abkommens erreichten Zusammenarbeit vor. Absatz 2 eröffnet den Vertragsparteien die Möglichkeit, zur Durchführung des Abkommens gegebenenfalls erforderliche Verfahrensregelungen zu treffen und Expertentreffen zu vereinbaren.

Zu Artikel 5

Artikel 5 gestattet es jedem Vertragsstaat, einzelne Maßnahmen der Zusammenarbeit aus den in der Vorschrift genannten Gründen zu unterlassen oder an Bedingungen oder Auflagen zu knüpfen. Hierüber soll der ersuchende Vertragsstaat, in der Regel unter Angabe von Gründen, unterrichtet werden. Im Falle der Übermittlung personenbezogener Daten trifft allerdings Artikel 6 eine spezielle und abschließende Regelung.

Zu Artikel 6

Artikel 6 stellt für die Verwendung personenbezogener Daten, die im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit dem jeweils anderen Vertragsstaat übermittelt werden, ein eigenständiges Datenschutzregime auf. Eine Verwendung von Daten im Sinne von Artikel 6 liegt – in Übereinstimmung mit der Begrifflichkeit des Bundesdatenschutzgesetzes (§ 3 Abs. 4 und 5 BDSG) – bei jeder Form des Umgangs mit personenbezogenen Daten vor, die nicht Erheben ist. Eingeschlossen sind demnach sowohl die Verarbeitung als auch die Nutzung von Daten.

Artikel 6 Nr. 1 sieht einen Unterrichtsanspruch der übermittelnden Stelle einer Vertragspartei über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse durch die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei vor. Nummer 2 formuliert den Grundsatz, dass personenbezogene Daten, die aufgrund des Vertrages dem anderen Vertragsstaat übermittelt wurden, von diesem nur zu den im Vertrag festgelegten Zwecken und zu den Bedingungen, die die übermittelnde Stelle im Einzelfall stellt, verwendet werden dürfen. Eine Ausnahme ist nur zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit

zulässig. Alltags- und Kleinkriminalität fallen nicht unter diese Voraussetzungen.

Nummer 3 unterwirft die Übermittlung und Verwendung der Daten durch die Stellen der Vertragsparteien dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und verpflichtet zur Korrektur. Nummer 4 schreibt die Rechtsposition des Betroffenen auf Auskunft grundsätzlich fest. Die Nummern 5 bis 7 enthalten Regelungen zur Löschung, zur Nachweisführung für die Übermittlung und zur Sicherung der Daten.

Zu Artikel 7

Artikel 7 betrifft die Möglichkeit der vertraulichen Behandlung von Anfragen, Informationen und Dokumenten, sofern dies von der ersuchenden Stelle erbeten wird und der Grund für diese Bitte angegeben ist.

Zu Artikel 8

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit der in Artikel 2 benannten Behörden sieht Artikel 8 Abs. 1 vor, dass die Zusammenarbeit in der deutschen, türkischen oder englischen Sprache erfolgt.

Absatz 2 schreibt als Grundsatz die Schriftform der Übermittlung von Ersuchen nach diesem Abkommen vor.

Absatz 3 sieht vor, dass im Grundsatz die ersuchte Vertragspartei die mit der Erledigung des Ersuchens verbundenen Kosten zu tragen hat.

Zu Artikel 9

Artikel 9 stellt klar, dass sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte, deren Partei die Vertragsstaaten sind, unberührt bleiben.

Zu Artikel 10

Artikel 10 enthält die üblichen Regelungen zum Inkrafttreten und zur Kündigung des Vertrages.

Zu Artikel 11

Gemäß Artikel 11 übernimmt es die Bundesrepublik Deutschland, das Abkommen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren zu lassen.